

Dezentralisierung, Verwaltungsreform, Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung in Vietnam

Die Dezentralisierung und Demokratisierung von politischen Strukturen, eine Modernisierung und Reform der Verwaltung, und die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, sind wichtige allgemeine Ziele und Programme für die internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung und insbesondere für die KAS-Vietnam.

Grundlage für die Arbeit der Stiftung ist das Eintreten und die Unterstützung für demokratische Systeme in der ganzen Welt, als einem gesellschaftlichen Ordnungskonzept, das sowohl die Achtung der Rechte der Bürger, wie auch die Möglichkeiten stärkerer Mitwirkung der Bürger beinhaltet. Dieses Verständnis ist grundlegend für die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in ihrem weltweiten Wirkungskreis. Wichtig sind deshalb, die Anstrengungen anderer Länder zur Dezentralisierung und Verwaltungsmodernisierung bzw. zur Förderung der kommunalen Selbstverwaltung zu unterstützen und die Bevölkerung in diesen Ländern an den Entscheidungen teilnehmen zu lassen, zumal Demokratie auf der Gemeindeebene am unmittelbarsten erfahren und praktiziert werden kann.

1. DIE VERWALTUNGSREFORM IN VIETNAM

Bereits 1994 wurde, als ein Aspekt der Öffnung und Dezentralisierung Vietnams, eine Reform der öffentlichen Verwaltung begonnen. Wichtigstes Ministerium bei der Umsetzung der Reform ist das Innenministerium (Ministry of Home Affairs). Modernisierung der Strukturen, Dezentralisierung, Transparenz des Verwaltungshandels und Demokratisierung, sind wichtige Zielsetzungen der Reform. Bei der Dezentralisierung in Vietnam spielt die lokale Ebene (Provinzen und Gemeinden) eine strategisch wichtige Rolle,

denn diese Ebene soll gezielt gestärkt und aufgewertet werden.

Demokratische Institutionen werden in Vietnam zunehmend wichtiger. Auch das Thema: Demokratie als Gesellschafts- und Lebensform spielt in Vietnam eine zunehmende Rolle. Bei der Entwicklung und Modernisierung der Gesellschaft hin zu einer Bürgergesellschaft, wird es deshalb zunehmend wichtiger, Begriffe wie: Dezentralisierung, Verlagerung von Kompetenzen und Finanzmittel, lokale Selbstverwaltung, Zivilgesellschaft, Bürgerbeteiligung, Grassroots Democracy zu erläutern, zu diskutieren und umzusetzen.

1.1. Grassroots Democracy Decree

Aufgrund des von der Regierung Vietnams erlassenen Grassroots Democracy Decrees, ist es seit einigen Jahren verstärkt möglich, die Demokratieentwicklung auf der Gemeindeebene zu fördern und auch die eingeleiteten Prozesse der Demokratisierung und Modernisierung auf dieser Ebene wissenschaftlich zu begleiten und zu diskutieren.

Das Grassroots Democracy Decree schreibt detailliert vor, wie die Ausübung der Demokratie auf lokaler Ebene erfolgen soll und kann. Es gibt vor, in welchen Punkten die Bürger von der Verwaltung informiert werden müssen und in welchen Punkten die Bürger konsultiert werden müssen. Es soll somit eine Bürgerbeteiligung bei wichtigen örtlichen Fragen erreicht werden und eine Kontrolle der Kommunalbehörden ermöglicht werden.

1.2. Dezentralisierung und das Prinzip der Subsidiarität

Dezentralisierung, die Verlagerung von Kompetenzen und Finanzmittel auf die Pro-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VIETNAM

DR. WILLIBOLD FREHNER

Januar 2009

www.kas.de/vietnam

www.kas.de

vinzen, die kommunale Ebene und die Einführung lokaler (d.h. regionaler und kommunaler) Selbstverwaltung, sind in vielen Ländern, in denen die Konrad-Adenauer-Stiftung Programme fördert, zu einem wichtigen Bestandteil politischer Reformprozesse geworden.

Zentrale Aufgabenfelder der Förderung von Dezentralisierung und kommunaler Selbstverwaltung sind: Die Veränderung von rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen, der Aufbau institutioneller Kapazitäten, vor allem auf kommunaler und lokaler Ebene. Die Neugestaltung der Aufgabenverteilung zwischen Staat, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft sowie die Gestaltung von Bürgerbeteiligung auf dieser lokalen Ebene, sind zentrale Punkte der Diskussion.

In Vietnam wurde mit dem Partner ISOS (Ministry of Home Affairs) seit einigen Jahren Dezentralisierungsprogramme begonnen und durchgeführt, um Entwicklung auf der Gemeindeebene zu fördern und mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung auf der lokalen Ebene zu erreichen. Meist geht es um Fragen, welche die Effizienz der lokalen Verwaltungen betreffen und um Fragen, wie eine demokratische Beteiligung und Kontrolle durch die Bürger durchgeführt werden kann.

Die KAS lässt sich bei solchen Prozessen vom Prinzip der Subsidiarität leiten, das der lokalen Ebene und der Eigeninitiative der dort lebenden Menschen großen Stellenwert beimisst.

1.3. Angestrebte Resultate von Dezentralisierung und Demokratisierung auf der lokalen Ebene

Mit der Förderung von Dezentralisierung und der Stärkung lokaler Selbstverwaltung werden folgende Wirkungen und Resultate angestrebt:

- Öffentliche Leistungen sollen gerechter, in höherer Qualität und effizienter bereitgestellt sowie flexibler an lokale Bedürfnisse und Gegebenheiten angepasst werden.

- Die öffentliche Verwaltung soll durch die Bürgernähe effizienter kontrolliert werden. Im Zusammenspiel mit einer erhöhten, internen Selbstkontrolle der Verwaltung kann dies zur Reduzierung von Korruption und zu einer verbesserten Ressourcenverwaltung und -distribution beitragen.
- Durch eine lokale Selbstverwaltung und durch verbesserte Beteiligungsmöglichkeiten für die Bevölkerung, können Demokratieprozesse auf der lokalen Ebene angestoßen, gefördert und konsolidiert werden und damit die Demokratieentwicklung des gesamten Staates gestärkt und unterstützt werden.
- Stärkere lokale Eigenverantwortung bietet die Chance für die Entwicklung eines dynamischen lokalen Wirtschaftsraums, da auf die spezifischen Potentiale der jeweiligen Kommune oder Region eingegangen und Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung zielgerichteter eingesetzt werden können. So kann, insbesondere auch für die Entfaltung von Selbsthilfeinitiativen der armen Bevölkerung und für das Entstehen neuer unternehmerischer Aktivitäten, ein wichtiger Beitrag geleistet werden.
- Dezentralisierung und Demokratisierung erhöhen die Chancen zur Partizipation der verschiedenen (ethnischen, politischen, ökonomischen, sozialen, religiösen) Interessengruppen auf lokaler Ebene und können so mithelfen, das gesellschaftliche Konfliktpotential zu vermindern und ein harmonisches Zusammenleben ermöglichen.

2. AUFBAU INSTITUTIONELLER KAPAZITÄTEN AUF LOKALER EBENE

Voraussetzungen für eine erfolgreiche Dezentralisierung:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VIETNAM

DR. WILLIBOLD FREHNER

Januar 2009

www.kas.de/vietnam

www.kas.de

- Dezentralisierung kann nur erfolgreich durchgeführt werden, wenn bei den staatlichen Stellen (wie den Ministerien, den Provinzverwaltungen und den Kommunen) Reformbereitschaft vorhanden ist, wenn Verwaltungsaufgaben wirklich auf lokale Einheiten verlagert werden und wenn ein Teil der politischen Selbstbestimmung auf die Gemeindeebene übergeht. Dazu müssen Aufgaben und adäquate Ressourcen (Personal, Sachausstattung, Finanzen) auf die lokalen Ebenen verlagert werden.
- Dezentralisierung kann nur erfolgreich durchgeführt werden, wenn auf der lokalen Ebene (in den Provinzen und den Gemeinden) Verantwortung übernommen wird und wenn institutionelle Kapazitäten aufgebaut werden, damit die neue Verantwortung und die neuen Aufgaben auch bewältigt werden können.
- Dezentralisierung kann nur dann erfolgreich sein, wenn die lokale Ebene finanziell, rechtlich und logistisch in die Lage versetzt wird, die neuen Aufgaben effizient, zusammen mit der Bevölkerung, und zur Zufriedenheit der Bürger durchzuführen.

2.1. STÄDTE UND GEMEINDEN ALS WICHTIGE VERWALTUNGSEINHEITEN

In Vietnam gibt es bereits eine erste Verlagerung von Kompetenzen der Zentralregierung auf der Ebene der Provinzen. Die Einbeziehung der Ebene der Kommunen und Städte wird derzeit diskutiert und vorbereitet. Dieser Schritt wird der wichtigere und der schwierigere in den Bemühungen um Dezentralisierung und Verwaltungsreform werden.

Städte und Kommunen sind auch in Vietnam die erste und unterste Organisationsstufe im Staatsaufbau. Hier kommt der Staat seinen Bürgern am nächsten. Die Zu-

stimmung zu staatlichem Handeln und die Übernahme von Verantwortung durch Bürger und Wirtschaft, lassen sich durch klare Zielvorgaben, durch überzeugendes Vorgehen und durch Transparenz in der Durchführung erreichen. Dabei müssen unterschiedliche Interessen und Konflikte gegeneinander abgewogen und Entscheidungen über vorrangige Ziele getroffen werden.

Stadtentwicklung, Regionalentwicklung und Gemeindeentwicklung spielt sich in einem Kräftefeld vielfältiger Beteiligten ab, seien es gefestigte Organisationen, informelle Institutionen oder lose Zusammenschlüsse aus Politik, Verwaltung, Bürgerschaft und Wirtschaft. Behörden, Vereine, Verbände, NGOs, Unternehmen, Gewerkschaften, Kirchen und viele andere, verfolgen spezifische Interessen, stehen in unterschiedlichen Machtbeziehungen zueinander und wollen an Entscheidungen über die Ressourcenverteilung mitwirken.

Die sich in vielen Transformationsländern, wie Vietnam, entwickelnde Demokratisierung erzeugt einen zusätzlichen Handlungsdruck in Städten und Kommunen. Sie müssen ein neues Verständnis von Regierung und Verwaltung entwickeln, das bisher politisch eher unterdrückt wurde: Nämlich als Bürgermeister und Verwaltungsmitarbeiter in Eigeninitiative Organisationen aufbauen, die Entwicklung auf der lokalen Ebene planen, steuern und koordinieren.

Auf der lokalen Ebene müssen Einkommensmöglichkeiten geschaffen und die Lebensqualität der Bevölkerung verbessert werden. Beide Aspekte werden von der Infrastrukturausstattung (Gesundheit, Wohnen, Wasser, Abwasser, Elektrizität, etc.) auf lokaler Ebene wesentlich beeinflusst. Häuser, Straßen, Krankenhäuser, Schulen sind, neben ausreichenden Einkommensmöglichkeiten, ausschlaggebend für die Zufriedenheit der Bürger in ihrem Lebensbereich.

Auch in Vietnam sollen Bürgermeister und Verwaltungsmitarbeiter nun plötzlich in der Lage sein, eine eigene Politik für ihre Probleme und Zielvorstellungen zu formulieren sowie die Prinzipien guter Regierungsfüh-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VIETNAM

DR. WILLIBOLD FREHNER

Januar 2009

www.kas.de/vietnam

www.kas.de

rung, vor allem Wirtschaftlichkeit, Leistungsfähigkeit, Transparenz, offene Rechenschaftslegung und Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene umzusetzen. Dazu müssen oftmals auch neue Rollen von Staat, Region, Stadt, Wirtschaft und Bürger eingeübt und ihr Verhältnis zueinander neu ausgehandelt werden. Es ist kein Wunder, dass damit viele Städte und Gemeinden überfordert sind.

Um die Entwicklungsprogramme auf lokaler Ebene zum Tragen zu bringen, sind darüber hinaus, in einem Land mit hoher Armut (15 % der Bevölkerung Vietnams) gezielte Programme zur Armutsreduzierung durchzuführen. Diese, meist wirtschaftlich orientierten, oder auf Infrastrukturmaßnahmen für arme ausgerichteten Programme, können nur zusammen mit der betroffenen armen Bevölkerung entwickelt und umgesetzt werden. Hier ist das Zusammenwirken von Zivilgesellschaft und lokaler Administration von ausschlaggebender Bedeutung. Nachhaltige Entwicklung auf lokaler Ebene, Armutsbekämpfung und demokratische Teilnahme der betroffenen Bevölkerung hängen substantiell zusammen.

Städte und Kommunen können oft - und das ist auch in Vietnam der Fall - ihre Verwaltungskapazität und ihre Finanzen gar nicht so schnell aufbauen, wie ihre Einwohnerzahl, ihre Fläche und ihre Probleme wachsen. Unzureichende Organisation, mangelnde Erfahrung oder geringe Qualifikation des Verwaltungspersonals schränken die Leistungsfähigkeit erheblich ein. Oftmals sind Zuständigkeiten unklar oder gar nicht geregelt. Vorschauendes, planerisches Handeln ist vielfach unterentwickelt, eine Dienstleistungsorientierung bei den Beamten generell nicht vorhanden. Staatliche Stellen sahen sich früher in der Rolle der Befehlsgeber - Demokratie und Bürgerbeteiligung sind neue, ungewohnte Konzepte für Vietnam.

2.2. Zivilgesellschaft

Im früheren sozialistischen System Vietnams wurde auf eine Zivilgesellschaft wenig Wert gelegt. Derzeit versucht zusammen die Regierung Vietnams, den rechtlichen Rah-

men auszuarbeiten, um zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu ermöglichen. NGOs und Eigeninitiative der Bürger sollen dadurch die Möglichkeiten gegeben werden, in der Gesellschaft eine zunehmend wichtigere Rolle zu spielen und Partner von Regierung und insbesondere lokaler Verwaltung im Entwicklungs- und Demokratieprozess zu werden.

2.3. Umsetzungsprobleme

Viele Verwaltungen in Vietnam sind weder in der Lage, Beschlüsse über Stadtentwicklungsmaßnahmen oder ihren Haushalt fachlich solide und demokratisch legitimiert vorzubereiten und weniger noch, diese auch entsprechend durchzuführen. Trotzdem müssen Städte und Kommunen im Zuge von Dezentralisierungsprozessen in Vietnam weitere Aufgaben übernehmen, die vormals bei der Zentralregierung lagen, so z.B. die Wohnraumversorgung oder die Bereitstellung von Infrastruktur wie Strassen, Schulen, Krankenhäuser. Lokaler Umweltschutz, Ansiedelung von Unternehmungen oder Wirtschaftsförderung, sind ebenfalls neue und wichtige kommunale Aufgaben, die zusätzlich auf die kommunale Ebene zukommen.

Bei der Umsetzung der Dezentralisierung in Vietnam ist wichtig, alle Beteiligten auf der kommunalen Ebene zusammenzuführen und mit ihnen geduldig und fachlich kompetent die Probleme und Lösungen zu erörtern und zu diskutieren. Es werden Regelwerke gebraucht, in denen Spielregeln für Abstimmungsprozesse festgelegt sind und die allen Beteiligten gleiche und faire Chancen einräumen. Durch ein solches Vorgehen wird Regierungs- und Verwaltungshandeln demokratisch und transparent.

Planung, Entscheidungsfindung und Umsetzung von Vorhaben, sollen in Zukunft in Vietnam in nachvollziehbaren Verfahren erfolgen. Öffentliche Rechenschaftslegung und Transparenz bei Entscheidungen über Leistungen, Vorhaben und den Umgang mit Ressourcen sollen selbstverständlich werden. Nur so werden die Kriterien einer guten kommunalen Regierungsführung erfüllt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VIETNAM

DR. WILLIBOLD FREHNER

Januar 2009

www.kas.de/vietnam

www.kas.de

Um lokale Demokratie verwirklichen zu können, brauchen die Städte und Gemeinden unterstützende Rahmenbedingungen. Die Politik der Zentralregierung und insbesondere das Ministerium für Home Affairs, müssen die notwendigen rechtlichen, finanziellen und institutionellen Voraussetzungen für eine wirkliche Dezentralisierung und Demokratisierung schaffen und diese dann auch umsetzen.

3. Partner der Konrad-Adenauer-Stiftung bei der Umsetzung der Dezentralisierung und der Stärkung der lokalen Ebene

In Vietnam arbeitet die Konrad-Adenauer-Stiftung seit einigen Jahren (2002) mit dem Ministry of Home Affairs (Innenministerium) zusammen und dort insbesondere mit einem Think Tank des Ministeriums, mit dem etwas sperrigen Namen: Institut für Staatsorganisationswissenschaften (ISOS).

Aus dieser Zusammenarbeit mit dem Ministerium ergab sich dann später die Kooperation mit dem Städteverband Vietnams ACVN, welche 2005 mit konkreten und gemeinsamen Massnahmen begonnen wurde.

3.1. Das Partnerprojekt ISOS

Als Teil des Innenministeriums, erarbeitet das ISOS Studien und entwickelt Vorschläge und Entwürfe für das Ministerium für Home Affairs. Die bisher zentralistischen Strukturen in Vietnam werden, mit Unterstützung dieses Projektes, abgebaut. Kompetenzen werden neu verteilt und insbesondere die lokale Ebene soll und muss nun durch diese Reform gestärkt werden. Das ISOS erarbeitet Vorschläge zur Neuorganisation des öffentlichen Dienstes und zur Modernisierung der Verwaltung in Vietnam.

Ziele und Aufgaben des Programms von KAS und ISOS:

Ziele und zentrale Aufgabenfelder der Förderung von Dezentralisierung und kommunaler Selbstverwaltung in Vietnam sind: Die Veränderung von rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen, der Aufbau institutioneller Kapazitäten, vor allem auf lo-

kaler Ebene, die Neugestaltung der Aufgabenverteilung zwischen Staat, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft sowie die Gestaltung von Bürgerbeteiligung auf lokaler Ebene.

Modernisierung und Dezentralisierung der Verwaltung sind in der Transformationsphase Vietnams wichtige Komponenten, um demokratische Strukturen aufzubauen. Durch die Herausgabe und Verteilung der monatlichen Zeitschrift, können wichtige Informationen (neue gesetzliche Regelungen werden z.B. vorgestellt) weitergegeben und Diskussionen auch auf der lokalen Ebene geführt werden.

Folgende Massnahmen wurden in den letzten Jahren gemeinsam vor der KAS und ISOS durchgeführt:

- Das ISOS gibt mit Unterstützung der Stiftung einen monatlichen Public Administration Reform Newsletter in englischer und vietnamesischer Sprache heraus.
- Die administrative Neuordnung des Landes
- Die Neuordnung der öffentlichen Verwaltung
- Kommunalplanung und Bauleitplanung
- Budgetplanung auf der Gemeindeebene
- Verbesserung des Leistungsangebotes der öffentlichen Verwaltung
- Die Rolle des Zentralstaates, der Provinzen und der Gemeinden
- „One stop shop“ als Prinzip der Kommunalverwaltung
- Verbesserung der Besoldung und der Laufbahn der Beamten
- Regionale Neugliederung der Provinzen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VIETNAM

DR. WILLIBOLD FREHNER

Januar 2009

www.kas.de/vietnam

www.kas.de

Die in den vergangenen Jahren gemeinsam durchgeführten Maßnahmen haben mitgeholfen, die lokalen administrativen Einheiten zu stärken, um ein Fundament für die regionale und dezentrale Neuordnung zu schaffen.

Zielerreichung:

- Die Neuorganisationen des öffentlichen Dienstes und die Reform der öffentlichen Verwaltung sind noch lange nicht abgeschlossen, wurden aber durch das Projekt ISOS einen beachtlichen Schritt weitergebracht.
- Die Dezentralisierung kommt voran.
- Durch die Stärkung der lokalen Ebene gewinnen die Kommunen an Bedeutung.
- Langsam entwickeln sich demokratische Entscheidungsprozesse heraus und bürgerfreundliche Verwaltungen werden aufgebaut.

Ansprechpartner von ISOS:

Dr. Tran Anh Tuan, Project Director Institut für Staatsorganisations - Wissenschaften - Institut of State Organisational Sciences - Ministry of Home Affairs, 37A Nguyen Binh Khiem Str., Hanoi, Vietnam Tel: 39741231/234, Fax: 39741233

3.2. Der Städteverband Vietnams, ACVN

Seit 2005 unterstützt die Konrad-Adenauer-Stiftung den Städteverband Vietnams, um den Verband in seiner Leistungsfähigkeit zu verbessern, um die Belange der Mitglieder zu bündeln und um die Interessen der lokalen Organisationen (Städte und Gemeinden) im politischen System Vietnams Gehör zu verschaffen.

Das Innenministerium und der Partner ISOS, führen (wie bereits beschrieben) die Grundzüge der Dezentralisierung in Vietnam durch. Der Städteverband Vietnams, als

Vertreter der lokalen Ebene, spielt eine zunehmend wichtige Rolle bei der Durchführung der Verwaltungsreformen.

Ziele und Aufgaben des Programms von KAS und ACVN:

In der Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem Städteverband Vietnams, dem durch die Reformen neue Kompetenzen zufallen, wird die lokale Selbstverwaltung verbessert. Wichtige Punkte sind dabei: Der Aufbau von institutionellen Kapazitäten auf lokaler Ebene, eine Neugestaltung der Aufgabenstellungen und Aufgabenverteilungen und die Gestaltung von Bürgerbeteiligungen auf lokaler Ebene. Durch verbesserte Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung, können und sollen Demokratieprozesse auf lokaler Ebene gefördert werden.

Die Association of Cities in Vietnam wurde, als halbstaatlicher Verband, 1992 gegründet und ist die Vertretung von 72 Städten in Vietnam. Als Vertretung der Städte, ist die ACVN eine geeignete Organisation, um Neuerungen auf der lokalen Ebene durchzuführen, gemachte Erfahrungen zu bündeln und weiterzugeben und erfolgversprechende Entwicklungen zu unterstützen.

Wichtige Aufgaben und Zielsetzungen des Städteverbandes ACVN und der KAS sind:

- Die kommunale Selbstverwaltung, insbesondere der Städte und Gemeinden, zu fördern;
- Gemeinsame Belange der Städte und Gemeinden herauszuarbeiten und gegenüber Dritten zu vertreten;
- Seine Mitglieder zu beraten und zu betreuen,
- Einen Erfahrungsaustausch zwischen den Städten und Gemeinden zu pflegen;
- Das Verständnis von kommunalen Belangen in der Öffentlichkeit zu fördern.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VIETNAM

DR. WILLIBOLD FREHNER

Januar 2009

www.kas.de/vietnam

www.kas.de

Gemeinsame Seminarmassnahmen des ACVN und der KAS waren in den letzten Jahren:

- Marktwirtschaftliche Strukturen auf der kommunalen Ebene
- E-Government auf der lokalen Ebene
- Professionalisierung des Städteverbandes
- Verschönerung des Ortsbildes von Gemeinden
- Städtische Entwicklungsplanung
- Bauleitplanung und Stadtentwicklung
- Zuwanderung vom ländlichen Bereich in die Städte
- Das Konzept der zentralen Orte
- Klimaveränderung: Auswirkungen auf die Gemeinden in Vietnam
- Die Rolle des Bürgermeisters in der Verwaltung
- Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung;
- Selbstverwaltung und Eigenfinanzierung von Gemeinden;
- Bürgerbeteiligung bei der Tourismusplanung

Die bisher durchgeführten Maßnahmen zur kommunalen Entwicklungsplanung stärken den noch jungen und unerfahrenen Städteverband und helfen den Bürgermeistern und den lokalen Verwaltungsmitarbeitern, die gestellten Aufgaben für die Bürger besser umzusetzen.

Zielerreichung:

- Die Städte und Gemeinden sind nun besser in der Lage, partizipative Entwicklungspläne zu erarbeiten.
- Die Bürgerbeteiligung auf der kommunalen Ebene wurde verbessert.
- Die demokratische Teilhabe auf der lokalen Ebene wurde angeregt und damit die Demokratieentwicklung gefördert.
- Ein weiteres Teilstück der Dezentralisierung und der Verwaltungsreform wurde umgesetzt.

Struktur und Anschrift des vietnamesischen Städteverbandes:

Der President of the Association of Cities of Vietnam ist:

Chairman of Hanoi People Committee:

Herr Nguyen The Thao

ACVN's Secretariat:

1. General Secretary: Prof. Dr. Nguyen Lan

2. Vice-general Secretary: Asso. Prof. Dr. Vu Thi Vinh

3. Vice-general Secretary: Dr. Nguyen Ninh Thuc

Adresse: 389 Doi Can Str., Hanoi

Tel/Fax: (0084 4) 3 7629571

Email: acvn@fpt.vn